

**Impulsvortrag
der Parlamentarischen Staatssekretärin Rita Schwarzelühr-Sutter
anl. des 19. Symposium des Bundesamtes für Verfassungsschutz
im dbb-Forum Berlin
„Wertvoll und wehrhaft – Die Demokratie im Wettstreit
mit dem Autoritarismus“**

Am 22. Mai 2023

Redezeit: 15 Minuten

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrter Herr Präsident, lieber Herr Haldenwang,
meine sehr verehrten Damen und Herren,
und natürlich: liebe Schützerinnen und Schützer unserer Verfassung,

wertvoll und wehrhaft –

ja, das ist unser Selbstverständnis einer freiheitlichen Demokratie.

„Sinnvoll und sinnhaft“ könnte man ergänzen, denn unsere Demokratie ist herausgefordert, weswegen unser Motto notwendig ist – leider notwendig, sollte ich ergänzen.

Denn aktuell wird unsere Demokratie von innen wie von außen attackiert. Stärker, als wir es uns nach dem Fall des Eisernen Vorhangs vorstellen konnten, stehen wir – wieder – im Wettstreit mit dem Autoritarismus.

Zu Beginn stellen sich aus meiner Sicht folgende Fragen: was meinen wir, wenn wir unsere Demokratie als wertvoll und wehrhaft bezeichnen? Gibt es *die* Werte einer Demokratie? Was muss eine Demokratie leisten, um wehrhaft zu sein – nach innen und nach außen?

Diese Fragen stellen wir uns ja nicht zum ersten Mal. Eine für alle Zeit gültige Antwort scheint es aber nicht zu geben.

Die Herausforderung besteht vielmehr darin, eine passende Antwort unter den jeweils gegenwärtigen Bedingungen zu finden.

Dazu will ich beispielhaft zwei Phänomene herausgreifen:

Die Einflussnahme durch Desinformation sowie Versuche, unseren Staat zu delegitimieren.

Offene, pluralistische und demokratische Gesellschaften sind anfällig für illegitime Einflussnahme von außen, weil sie Angriffsflächen bieten – für offene wie verdeckte Aktivitäten. Vor allem Russland und China wollen die öffentliche Meinung in Deutschland zu ihren Gunsten beeinflussen – sie wollen manipulieren.

Gezielt wird desinformiert, um das Vertrauen in unseren Staat zu untergraben. Kontroverse Themen werden gezielt befeuert, gesellschaftliche Konflikte angefacht und vertieft.

Ich will dabei betonen, dass das nicht das Problem der Kontroverse ist. Die gehört zur Demokratie zwingend dazu, sie ist das Salz in der Suppe.

Kontroversen aber populistisch aufzuladen und auszuschlachten, das ist höchst problematisch

Wer das aus innenpolitischem Kalkül betreibt, betreibt auch das Geschäft außenpolitischer Konkurrenten.

Unsere freiheitliche Demokratie wird von außen herausgefordert, aber eben nicht nur von außen. Daher müssen wir unseren Blick immer auch nach innen richten.

Meine Damen und Herren,

Schutzmaßnahmen gegen die Pandemie haben oft breite Debatten ausgelöst. Selbstverständlich war und ist ein kritischer Diskurs legitim.

Teilen der Protestbewegung dienten die Maßnahmen aber als Vorwand, die demokratische und rechtsstaatliche Ordnung prinzipiell infrage zu stellen und zu bekämpfen.

Ausgenutzt haben das auch die sogenannten Reichsbürger. Die lehnen unseren Staat und seine demokratisch legitimierte Institutionen ab. Sie imitieren in grotesker Eigenregie eigene staatliche Institutionen – ohne jegliche Rechtsgrundlage.

Sie sind bedrohlich, auch weil sie zu Gewalt und Waffen neigen.

Welche Antworten können wir als freiheitliche Demokratie dagegenstellen?

Demokratien müssen sich dagegen wappnen – inhaltlich, aber auch mit Blick auf die Mittel zur Abwehr demokratiegefährdender Tendenzen.

Anders ausgedrückt: Demokratien müssen, um den Titel dieses Symposiums erneut aufzugreifen, wertvoll und wehrhaft sein.

Nehmen wir zuerst in den Blick, was es heißt, dass unsere Demokratie wertvoll ist.

Unsere Richtschnur ist das Grundgesetz. Elementares Wertefundament ist unsere freiheitlich demokratische Grundordnung.

Das Bundesverfassungsgericht hat im Urteil zum NPD-Verbotsverfahren präzisiert, dass die Menschenwürde der Ausgangspunkt der freiheitlichen demokratischen Grundordnung ist. Sie ist Dreh- und Angelpunkt.

Zusammen mit den Grundsätzen der Demokratie und der Rechtstaatlichkeit sind diese Prinzipien die fundamentale Voraussetzung dafür, dass Menschen ihr Leben nach ihren individuellen Vorstellungen verwirklichen können.

Auf diesem Fundament steht unser Wertekanon. Seinen Ausdruck findet er in den Normen des Grundgesetzes, eingebettet ist er in die Europäische Wertegemeinschaft.

Wesentliche historische Einflüsse finden sich in der christlich-jüdischen Tradition, in den Impulsen der Aufklärung und nicht zuletzt in den Erfahrungen des 20. Jahrhunderts.

Wir müssen uns nur kurz die beiden Diktaturen des letzten Jahrhunderts vergegenwärtigen, und erkennen sofort, wie gut es uns in einem freien Land geht. Ein Blick in die Welt macht uns in Europa dankbar.

Meine Damen und Herren,

was bedeutet es nun, dass unsere Demokratie wehrhaft sein soll?

Ich empfehle uns dazu einen ganzheitlichen Ansatz. Dieser muss einerseits frühzeitig, also präventiv ansetzen. Andererseits muss er über die notwendigen Mittel verfügen, demokratiegefährdende Entwicklungen effektiv zu bekämpfen, also repressiv wirken.

Anhand einiger Handlungsfelder will ich zeigen, wie verschiedene Stränge unserer Politik hier zusammenwirken:

Das fängt bei ganz basalen, aber bedeutsamen Dingen an: Die Menschen *im gesamten* Land müssen sich mitgenommen fühlen.

Die meisten Regionen und Menschen in unserem Land sind mit sich wandelnden Zuständen konfrontiert.

Wirtschaftlicher Strukturwandel, demographischer Wandel, Klimawandel, Wandel durch Digitalisierung. Die Folgen des verbrecherischen Angriffskriegs gegen die Ukraine, Flucht und Migration kommen noch dazu.

Wichtig ist, dass in diesen Prozessen, die wir auch als Transformation bezeichnen, keine Region, keine Menschen abgehängt werden.

Keine Leerstellen – mit Doppel-e –, die Extremisten für sich nutzen.

Dazu muss demokratisches Engagement allen Bürgerinnen und Bürgern zugänglich sein. Es ist höchst problematisch, wenn kommunal Engagierte – egal ob im Ehren- oder Hauptamt – bedroht werden.

Leider haben Hass und Hetze, sogar Übergriffe zugenommen. Viele kommunale Mandatsträgerinnen und Mandatsträger müssen das erleben.

Bundesministerin Nancy Faeser hat einen Aktionsplan gegen Rechtsextremismus aufgestellt. Die „Allianz zum Schutz kommunaler Amts- und Mandatsträgerinnen und -träger“ ist ein Teil davon.

Noch in diesem Frühsommer sollen konkrete Vorschläge erarbeitet werden, kommunalpolitisch Aktive besser zu schützen.

Denn: Für die Demokratie sind überzeugte Demokratinnen und Demokraten essentiell. Demokratie beginnt in den Köpfen und Herzen, mit dem Denken und Handeln jedes Einzelnen. Weswegen politische Bildung so wichtig ist.

Ihr Ziel ist es, Zusammenhänge erkennen, Kritikfähigkeit stärken.

Wir wollen die Zivilgesellschaft in diesem Sinne stärken. Das Demokratiefördergesetz wird dazu den rechtlichen Rahmen schaffen. Denn Demokratieförderung und politische Bildung sind unsere Daueraufgabe.

Dazu gehört auch das Bundesprogramm „Zusammenhalt durch Teilhabe“. Das sensibilisiert Engagierte in Vereinen und Verbänden, es befähigt sie, für demokratische Werte einzustehen.

In eine ähnliche Richtung zielt unsere Förderung des ehrenamtlichen Engagements.

Ehrenamt stärkt gesellschaftlichen Zusammenhalt. Es hilft, möglichst viele Menschen ins gesellschaftliche Leben einzubeziehen.

Es hilft gegen Ausgrenzung und Verunsicherung, und das reduziert die Anfälligkeit gegenüber Fake News und Desinformation.

Sie sehen, wir fördern demokratische Werte und Einstellungen vielfältig. Dabei dürfen wir nicht übersehen, dass Radikalisierung real ist.

Extremisten bedrohen unsere Demokratie. Das dürfen wir nicht aus den Augen verlieren.

Verfassungsfeinden treten wir entschieden entgegen – ob Rechtsextremisten, Islamisten, Linksextremisten oder anderen Formen des Extremismus.

Bund und Länder verfolgen hier einen konsequent ganzheitlichen Ansatz. Repression und Prävention greifen ineinander.

Angestoßen haben wir daher einen übergreifenden Prozess für eine gemeinsame Strategie. Ziel ist es, Demokratie zu stärken, Extremismus zu bekämpfen

Auf der präventiven Seite nenne ich unsere Programme zur Deradikalisierung.

Ein Beispiel ist die Beratungsstelle „Radikalisierung“ des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge. Seit 2012 ist sie bundesweite Anlaufstelle für Ratsuchende – etwa, wenn sie bei einer Person in ihrem Umfeld eine islamistische Radikalisierung befürchten oder gar beobachten.

Desinformation und Verschwörungserzählungen sind noch relativ neue Herausforderungen – jedenfalls in dem Ausmaß, wie sich das im Zuge der Pandemie und des Krieges gegen die Ukraine entwickelt hat.

Deutlich intensiver arbeiten wir heute daran, diese Phänomene zu erkennen und sie abzuwehren.

Dazu gehören bessere Strukturen, um schneller reagieren zu können.

Dazu gehört auch mehr internationale Zusammenarbeit.

Bund und Länder haben außerdem die offene Arbeitsgruppe „Hybride Bedrohungen“ eingerichtet.

Geplant ist ein Netzwerk „Resiliente Zivilgesellschaft“ sowie ein gemeinsamer Aktionsplan von Bund und Ländern gegen Desinformation.

Auch Sie, im Bundesamt für Verfassungsschutz, haben reagiert und sind aktiv.

Für in den Extremismus abgleitende Teile der Gesellschaft wurde ein neuer Phänomenbereich eingerichtet – „Verfassungsschutzrelevante Delegitimierung des Staates“.

Diese neue Struktur hat sich als notwendig herausgestellt, denn die Szene der Verschwörer und

Verschwörerinnen setzt nahtlos auf neue emotionalisierende Themen.

Vermeintlich schädlicher Klimaschutz, Sanktionen gegen Russland oder angeblich „kriegstreiberische“ Unterstützung der Ukraine.

Stets geht es darum, unsere Demokratie zu verunglimpfen, unsere Repräsentanten zu delegitimieren.

Meine Damen und Herren,

der Kampf gegen Antisemitismus und für jüdisches Leben in unserem Land ist besonderes Anliegen jeder deutschen Bundesregierung. Das ist Erbe unserer Geschichte, in der es zu den schrecklichsten Verbrechen von Nationalismus, Rassismus und Menschenverachtung kam.

Wir haben in dieser Legislaturperiode die „Nationale Strategie gegen Antisemitismus und für jüdisches Leben“ beschlossen, die erste Strategie einer Bundesregierung mit dieser Zielrichtung.

Besonders wichtig war uns dabei, dass Jüdinnen und Juden diese Strategie mit erarbeitet haben.

Sie ist ein „Werkzeug“, das uns helfen soll, Antworten auf einige Fragen zu finden:

Tun wir genug gegen Antisemitismus? Wenn nicht, was ist noch zu tun, wie sollten wir vorgehen?

Natürlich geht es dabei um alle Formen des Antisemitismus, ob er nun rechts, links oder islamistisch motiviert ist.

Aber auch in diesem Zusammenhang muss ich betonen: Die größte Bedrohung unserer Demokratie ist der Rechtsextremismus.

Sie alle kennen die entsetzlichen, menschenverachtenden Verbrechen:

Die rassistisch motivierten Morde des NSU,
der Mord an Dr. Walter Lübcke,
die Anschläge von Halle und Hanau.

Ein erster wichtiger Schritt im Kampf gegen Rechtsextremismus ist der schon erwähnte Aktionsplan gegen Rechtsextremismus von Bundesministerin Nancy Faeser.

Der Aktionsplan enthält wichtige Maßnahmen gegen Rechtsextremismus.

- Rechtsextremisten leichter entwaffnen,
- deren Finanzaktivitäten verstärkt aufklären, um rechtsextreme Netzwerke zu zerschlagen, oder
- Rechtsextremisten schneller aus dem öffentlichen Dienst entfernen.

Zur wehrhaften Demokratie gehören – last but not least – starke und entschiedene Sicherheitsbehörden.

Und gerade vor diesem Publikum möchte ich betonen, wie dankbar ich Ihnen für den unermüdlichen Einsatz bin.

Sie sind ein wirklich wirksames Instrument.

Beispielhaft nenne ich die Festnahmen in Castrop-Rauxel Anfang Januar oder gerade kürzlich in Hamburg. So konnten in diesem Jahr schon zwei mutmaßlich islamistische Anschläge verhindert werden.

Das Bundeskriminalamt zählt nach wie vor rund 500 islamistische Gefährder und etwa ebenso viele sogenannte „Relevante Personen“.

Das macht deutlich, dass auch der islamistische Terrorismus weiterhin bedrohlich ist. Und das macht deutlich, dass wir – Regierung und Sicherheitsbehörden – auch auf diesem Auge sehr wachsam sind.

Wie bedrohlich organisierte Verschwörungserzählungen werden können, haben die Razzien gegen eine Reichsbürgervereinigung im letzten Dezember gezeigt.

Diese hatte sich auf einen Staatsstreich am „Tag X“ vorbereitet. Und deren Gewaltbereitschaft zeigte sich nicht zuletzt dann, als bei Folgemaßnahmen im März ein Polizist angeschossen und erheblich verletzt wurde.

Möglich wurden diese Einsätze nach umfangreichen Ermittlungen des Bundeskriminalamts, mehrerer Landeskriminalämter, sowie durch Maßnahmen des Verfassungsschutzverbundes.

Gottfried Keller sagte einst: „Keine Regierung und keine Bataillone vermögen Recht und Freiheit zu schützen, wo der Bürger nicht imstande ist, selber vor die Haustüre zu treten und nachzusehen, was es gibt.“

Ja, unsere wehrhafte Demokratie lebt von Menschen, die für das Gemeinwesen Verantwortung übernehmen.

Auch der Staat und seine Institutionen müssen liefern:

Gleichwertige Lebensverhältnisse, gute Rahmenbedingungen, um sich in und außerhalb staatlicher Organisationen für die Demokratie einzusetzen, aber auch der entschiedene Kampf gegen demokratiefeindliche und menschenfeindliche Einstellungen.

Das könnte meine knappe Zusammenfassung sein,

Ich wünsche Ihnen eine erfolgreiche Veranstaltung mit spannenden Diskussionen und vielen neuen Erkenntnissen.

Vielen Dank.